

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Ar. 35.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgl. gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 27. August 1909.

Insertionspreis für die viersp. Zeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Die neuen Steuern und die christlichen Gewerkschaften.

Das Steuerzahlen ist den meisten Staatsbürgern ein merkwürdig unangenehmes Geschäft. Leute die gern Steuern zahlen, gibt's wohl kaum. Man zahlt weil man muß. Stellen über die Träger unseres Gemeinschaftslebens, Reich, Staat, Kommune erhöhte Anforderungen an den Geldbeutel des einzelnen Staatsbürgers, dann hat solches Verlangen noch immer eine kräftige Kritik ausgelöst. So jetzt auch die sog. Reichsfinanzreform. Gegen die Kritik ist nun eigentlich nichts anzusetzen, aber wehren müssen sich die christlichen Gewerkschaften gegen die demagogische Heze, die gegen sie aus dem genannten Anlaß betrieben wird.

Was haben denn nur die christlichen Gewerkschaften mit der Reichsfinanzreform zu tun? Sieht man von den Interessen der Tabakarbeiter ab, dann aber auch rein nichts, gar nichts. Die christlichen Gewerkschaften sind politisch neutrale Organisationen zur Hebung der Lage der Arbeiterschaft durch die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Daneben suchen sie Einfluss zu gewinnen auf die zum Schutze und zum Wohle der Arbeiterschaft erlassenen Gesetze. In diesen Bestrebungen sind sich alle Arbeiter, die die Grundsätze des Christentums als ihr sich verbindlich erachten, einig. Daraus folgert, daß die Gewerkschaftsbewegung die notwendige Einigkeit der Mitglieder nur dann erzielen kann, wenn sie sich auf die Erfüllung der genannten Aufgabe beschränkt. Mit kurzen Worten ist so der Grundcharakter der christlichen Gewerkschaften fixiert.

Seit 10 Jahren ist man in der Bewegung bestrebt gewesen, dementsprechend zu handeln. Ungewerkschaftliche Einflüsse und Probleme sind stets ängstlich gemieden worden. Rein gewerkschaftlicher, der seine Schulung nicht vernachlässigt hat, wird deshalb heute, wo man von gewisser liberaler und sozialdemokratischer Seite gegen unsere Bewegung heftig, lechterer Mäßen lehrt. Man mag sich die Hezarbeit sparen, erreicht wird das Gewollte damit nicht.

Die Reichsfinanzreform ist eine politische Frage und war es, wie das „Zentralblatt“ in seiner Nr. 17 schreibt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders. Wie der einzelne Gewerkschaftler als Staatsbürger dazu denkt, ist seine Sache und geht unsere Bewegung nichts an, deren Kompetenzen auf diesem Gebiete nicht liegen. Bei den Abgeordneten, die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind, trifft das aber zu. Weder die Gewerkschaften haben das Recht sie über ihr Amt im Parlament auf politischem Gebiete zur Rechenschaft zu ziehen, noch sind die Arbeiter-Abgeordneten den Gewerkschaften Rede und Antwort schuldig. Zuständig sind da die politischen Parteien, von denen die Abgeordneten gewählt sind. In diesen mag dann auch der Gewerkschaftler als Parteimann seine Meinung zum Ausdruck bringen.

Nur die Tabakarbeiter machen eine Ausnahme. Als der Reichstag innerhalb der christlichen Gewerkschaften seine Entscheidung gefunden, wurde programmatisch festgelegt, daß es von einzelnen Verbänden, die beruflich mit irgend einem Teile der Wirtschaftspolitik in einem Zusammenhange ständen, unbenommen sei, ihrerseits Stellung dazu zu nehmen. Bei den Tabakarbeitern trifft das bezgl. der Tabakbesteuerung zu und liegt durchaus nichts im Wege, wenn innerhalb des Tabakarbeiter-Verbandes, die Haltung der Abgeordneten sachlich besprochen wird.

Warum aber nun die gegnerische Heze gegen die christlichen Gewerkschaftsführer, die als Abgeordnete nicht allen öffentlichen Rechnung getragen haben? Nichts einfacher als das. Durch die feste Betonung, daß der und der Abgeordnete Gewerkschaftsführer sei, will man erzielen, daß die öffentliche Ansichten in politischen Fragen bekundenden Mitglieder gegen ihre Gewerkschaftsführer mißtrauisch gemacht werden und daß durch ein so gefälschtes Mißtrauen die Gewerkschaften durch einen Mitgliederrückgang Schaden haben. Deshalb hegen heute Hirsch-Duncker'sche und sozialdemokratische Gewerkschaften, sowie diverse freijüdisch-liberale Blätter gegen die christlichen Gewerkschaften. Müßt die politische Heze nichts, wenn geht man weiter und prüft, wie Kollege Behrens in dem Artikel des „Reich“ so treffend anspricht, „zum Allheil aller Beschränkten, zur konfessionellen Heze“. Großes Aufsehen in diesem Gebiete leistet besonders das „Unterbahische Volksblatt“, ein Organ evangelischer Arbeitervereine, in denen der sozialen Welt des Seins fremde, liberale Theologen die Führung haben.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, schildert in Nr. 17 ausführlich, die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Reichsfinanzreform. Zum Schluß macht es folgende Feststellungen, denen wir voll und ganz beipflichten können:

1. Die christliche Arbeiterbewegung treibt keine einseitige Klassenpolitik. Ihr Ziel ist vielmehr, der Arbeiterklasse die gleichberechtigte Stellung in Staat und Gesellschaft zu erringen, die der Lohnarbeit entsprechend seiner Zahl und seiner Bedeutung für

unser Wirtschaftsleben mit vollem Recht beanspruchen kann. Die christlichen Gewerkschaften haben die direkte Aufgabe, diese Gleichberechtigung vor allem im Wirtschaftsleben zur Geltung zu bringen. Die christlichen Arbeiter sind jedoch ebenso sehr an der Verwirklichung dieser Gleichberechtigung im allgemein staatsbürgerlichen Leben interessiert. An dieser letzteren Aufgabe können die christlichen Gewerkschaften sich jedoch nicht direkt beteiligen. Die christlichen Arbeiter sind hier angewiesen auf eine entschiedene Betätigung innerhalb der Parteien, denen sie angehören. Es sind hier in den letzten Jahren erhebliche Erfolge zu verzeichnen. In den Parlamenten der Einzelstaaten, im deutschen Reichstag und in ganz erheblicher Weise in den Gemeindefraktionen sind eine Anzahl christlicher Arbeiter tätig als gewählte Vertreter der bürgerlichen Parteien.

2. Die Stellung der Arbeiterabgeordneten innerhalb der bürgerlichen Parteien ist ganz zweifellos eine recht schwierige. Die Durchdringungspolitik, wie sie Kollege Stegerwald in Cöln auf dem Gewerkschaftskongreß in den Vordergrund gestellt hat, erfordert eine zähe ausdauernde Tätigkeit. Wollen unsere Arbeiterabgeordneten innerhalb der bürgerlichen Parteien Einfluß gewinnen, wollen sie Verständnis für die soziale Lage der arbeitenden Klasse und Berücksichtigung ihrer dringenden Wünsche erzielen, so können sie in Fragen politischer Art nicht die Solidarität mit den Parteien verleugnen, innerhalb denen sie stehen. Mit dieser Tatsache müssen sich unsere christlichen Arbeiter abfinden. Auch wir stehen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung. Auch wir wollen die Erhaltung der christlichen Welt- und Lebensauffassung als leitenden Kulturfaktor. Auch wir wollen, daß unser Vaterland in der Lage ist, die Ehre und das Ansehen der Nation nach innen und nach außen hin kraftvoll zu verteidigen zu können. Daraus resultiert für uns die Pflicht, dem Staate und der Nation die Opfer zu bringen, die sie gerechter und billigerweise von den Bürgern verlangen können, um die nationalen, sozialen und wirtschaftspolitischen Aufgaben durchzuführen zu können. Eine gewisse Solidarität zwischen uns und den bürgerlichen Parteien ergibt sich diesem Verhältnis nach naturgemäß. Nichts wäre deshalb verkehrter, als wenn sich unsere Mitglieder heute durch das Geschrei der Sozialdemokratie beeinflussen ließen und infolge der Unzufriedenheit mit den neuen Steuern einer Berärgerungspolitik gegenüber den bürgerlichen Parteien Raum geben würden, die im letzten Grunde der Sozialdemokratie zugute käme zum Schaden nicht zuletzt der christlichen Gewerkschaften.

3. Es ist ein einziger großer böshafter Volksbetrug, wenn die Sozialdemokratie den Arbeitern vorgaukelt, es sei gegenwärtig die politische Möglichkeit gegeben, im Deutschen Reiche die indirekten Steuern zu beseitigen oder ohne dieselben bei einer Forderung von 500 Millionen neuer Steuern auch nur auszukommen. Der wirkliche Volksverrat und Arbeiterverrat liegt auf Seiten derjenigen, die prinzipiell und grundsätzlich dem Staate alle Mittel verweigern zur Durchführung seiner nationalen, sozialen und wirtschaftspolitischen Aufgaben und in einem Atemzuge die allergrößten Anforderungen sozialer und wirtschaftlicher Natur an das Reich stellen. Nicht das sachlich wohlverstandene Interesse der Arbeiter ist es, welches die Sozialdemokratie bewegt, diese Agitation zu entfalten, sondern ausschließlich das Streben nach Verheerung der Volksmassen im Interesse der sozialdemokratischen Parteipropaganda. Es hieße aber unsere christlichen Gewerkschaftler politisch und gewerkschaftlich tief einschätzen, wenn man behaupten müßte, daß sie auf diese Reihode der Sozialdemokratie hereinfielen. Diese Art der Verheerung der christlichen Arbeiter gegen ihre Führer und gegen die bürgerlichen Parteien ist nun doch schon zu oft erfolglos versucht, als daß ihr jetzt eine große Wirkung beigegeben werden könnte.

4. Es ist nicht zu verkennen, daß die Funktionäre und Vertrauensmänner unserer christlichen Gewerkschaften in einer schwierigen Situation sich befinden. Sie werden sehr oft vor die Frage gestellt werden, die Laten der bürgerlichen Parteien bei der Steuerreform zu verteidigen oder zu verleugnen. Demgegenüber muß daran festgehalten werden, daß Auseinandersetzungen parteipolitischer Art in unseren Mitgliederversammlungen grundsätzlich zu vermeiden sind und daß es jedem unbenommen ist, vom politischen Gesichtspunkte aus seinen Ansichten und Meinungen über die Steuerreform beliebigen Ausdruck zu geben an den Stellen, die dazu geschaffen sind: bei den bürgerlichen Parteien und ihren Parteifunktionären.

5. Bei der Beurteilung der parlamentarischen Tätigkeit der christlichen Arbeiterabgeordneten spielt vom Standpunkt der gewerkschaftlichen Ziele aus die Haltung derselben bei der Steuerreform eine untergeordnete Rolle. Soweit die soziale Gesetzgebung in Frage kommt, die gegebenenfalls auch unserer Beurteilung als Gewerkschaftler unterliegt, haben in der kurzen Zeit ihrer parlamentarischen Tätigkeit unsere christlichen Arbeiterabgeordneten ihre Pflicht und Schuldigkeit getan und sich in vollstem Maße des Vertrauens würdig gezeigt, welches die christl. Arbeiter in sie gesetzt haben. Alle Versuche, zwischen den Arbeiterabgeordneten und den christlichen Arbeitern einen Keil zu treiben und das Vertrauen der christlichen Arbeiter zu ihnen zu erschüttern, müssen vor den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften mit Nachdruck und Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Einige Vorschläge.

Die nachfolgenden Zeilen sendet uns ein Verbandsmitglied aus einer größeren Zahlstelle zu. Ohne Stellung zu dem angeschnittenen Fragen zu nehmen, glauben wir bemerken zu müssen, daß die Zuschrift ein reges Interesse des Verfassers bezgl. des Verbandes bekundet. Aus letzterem Grunde ist die frühzeitige Stellungnahme zu Verbandsreformen denn auch erklärlich. Angesichts der in der letzten Zeit getätigten und der noch bevorstehenden Tarifabschlüsse im kommenden Jahre glauben wir jedoch die Bitte aussprechen zu müssen, die öffentliche Diskussion im Organ und in den Versammlungen sich mehr auf die Agitation beziehen zu lassen. Das schließt natürlich Erwägungen zu Reformen des Verbandsstatuts nicht aus. Nur empfiehlt es sich, letztere gegenüber der zunächst am wichtigsten Agitation für den Verband, nicht in den Vordergrund zu stellen. Kollegen die Mühe finden, praktische Reformvorschläge zu machen, mögen ihre Gedanken dem Zentralvorstande mitteilen. Zu gegebener Zeit wird die Debatte darüber schon einsetzen. Vorerst geht die Agitation über alles. Die Organisation wird am besten eine durchgreifende Reform entgegen können, die nicht vernachlässigt ist und die durch ein fortgesetztes Wachstum Zeugnis ablegt davon, daß ihr Lebensnerv nicht unterbunden ist und nicht unterbunden werden kann. Die folgende Zuschrift ist deshalb nicht als Anregung zur öffentlichen Diskussion, sondern als Anregung zu praktischen Vorschlägen, die dem Zentralvorstand übermündet werden können, gedacht. Die Redaktion.

„Wenn auch erst im nächsten Jahre unser Verbandstag stattfindet, so erscheint es doch angebracht, daß zum 19. September d. J. eine außerordentliche Generalversammlung der Krankengeld-Zuschußklasse einberufen ist, zweckmäßig schon jetzt etwas über eine innere Reform des Verbandes zu sagen.“

Zunächst muß da die Frage gestellt werden: Reicht der jetzige Anteil der Hauptkasse an den Beiträgen aus? Der größte Teil der vorwärtsstrebenden Kollegen wird diese Frage verneinen müssen und zwar aus folgenden Gründen: Man bedenke: 1. Die großen Summen, die in den letzten Quartalen an Unterstützungen gezahlt worden sind, werden sich noch ständig steigern; 2. Für die Agitation müssen Tausende von Markten mehr flüssig gemacht werden als bisher. Die Ausbreitung des Verbandes ist notwendig gerade in bezug auf Tarifabschlüsse. Damit kommen wir zum 3. Grunde der Stärkung der Hauptkasse: Ansammlung eines festen Bestandes, des Kriegsschatzes.

Wir müssen gegen alle Eventualitäten gesichert sein. Lag nicht die Gefahr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sehr nahe, daß große Anforderungen an die Hauptkasse gestellt wurden? Und wie wird die Bewegung ablaufen in den Orten, wo wir nur noch eine kurze Spanne Zeit vor der Kündigung der Beiträge stehen? Je größer da die Masse ist, die geschlossen hinter ihren Führern steht, desto bedeutendere Vorteile lassen sich erzielen. Letzteres besonders auch dann, wenn die Arbeitgeber wissen, daß die Arbeiter sich einen mächtigen Kampffond angeammelt haben. Mit diesen kurzen Ausführungen ist wohl schon die Notwendigkeit hoher Beiträge kurz fixiert.

Aber nun kommt die Frage, wie läßt sich eine Erhöhung des Beitrages resp. des Anteiles der Hauptkasse durchführen? Die meisten Zahlstellen erheben Lokalzuschläge von 5 bis 40 Pfg. Die ungleichmäßige Erhebung des Lokalbeitrages ist vielfach für die reisenden Kollegen eine Härte, wenn sie von einem Orte mit hohem Beitrage zu einem solchen mit niedrigerem sich begeben. Sie müssen dann eben auf die Vergünstigungen des ersteren Ortes trotz des gezahlten hohen Lokalbeitrages verzichten und mit dem vorlieb nehmen, was ihnen die andere Zahlstelle bietet bei geringerem Beitrag. Des weiteren häufen sich die Lokalbeiträge zu großen Summen an und liegt auch mancherorts das Geld bis zu 100 Mark brach, ohne etwas einzubringen. Alles unter einen Hut gebracht, würde ein bedeutendes Mehr an Zinsen ausmachen. Mein Vorschlag wäre daher: Alles an die Zentrale und durch die Zentrale. Die Lokalkassen würden verschwinden und alle Ausgaben würden auf das Konto der Zentrale gebucht, wodurch die Kassenführung eine einfachere sein wird. Selbstverständlich müßte dann auch die Zentrale die Lokalbeamten übernehmen.

Auf dem nächsten Verbandstage sollte diese Sache gründlich erwogen werden. Sicherlich wird man dann auch an die Einführung von Staffelbeiträgen herangehen müssen und hiermit ließe sich obiger Vorschlag ganz leicht verbinden. Man könnte ja z. B. nach den Lohnverhältnissen der Orte Sätze von 40, 60, 80 Pfg., 1 Mk. und höher annehmen und nach Bedürfnis in jeder Zahlstelle Beiträge von 40 und 60 Pfg., 60 und 80 Pfg., 80 Pfg. und 1 Mk. n. u. einführen. Diejenigen Zahlstellen mit 70 Pfg. Beitrag erhöhen denselben auf 80 Pfg. und führen nebenbei den Beitrag von 1 Mk. In diesem Verhältnis machen es die anderen Orte mit den niedrigeren Sätzen.

Den vorgenannten jedesmaligen zweiten höheren Beiträgen liegt noch ein anderes Motiv zugrunde. Die schon eingangs erwähnte außerordentliche Generalversammlung der Krankengeld-Zuschußkassen soll im September wieder über wichtige Punkte beraten und beschließen. Ein Jahr vorher ist der Beitrag in allen 3 Klassen erhöht worden und augenblicklich ist man daran, einen Extrabeitrag zu erheben.

Es drängt sich nun die Frage auf, ob die Klasse bei der vorhandenen Mitgliederzahl und bei den sich immer mehr steigenden Ausgaben bei gleichbleibenden Beiträgen auf die Dauer allen Anforderungen gewachsen ist. In eine Verschmelzung mit einer anderen größeren und leistungsfähigeren Klasse ist wohl kaum zu denken; das hat man auf der letzten Generalversammlung abgelehnt. Es wäre deshalb wohl zu erwägen, unsere Krankengeld-Zuschußkassen aufzulösen und den erhöhten Beiträgen gemäß eine höhere Krankenunterstützung von Seiten des Zentralverbandes zu gewähren. Das wäre für die Kollegen kein Nachteil. Rechnet man jetzt 70 Pfg. Beitrag für den Verband und 45 Pfg. für die Krankenkasse, so ergibt das einen Wochenbeitrag von 1,15 Mk. Mit einem solchen Höchstbeitrag ließe sich schon etwas ausrichten. Ein großer Prozentsatz der Kollegen würde sich aller Voraussicht nach dieser neuen Einrichtung zuzuwenden und gern den Beitrag entrichten. Der sehr umständliche Verwaltungsapparat fällt damit fort und die einzelnen Kräfte können mehr der Gesamtbewegung zugewendet werden. Ganz besonders wird der Hauptgeschäftsführer einer großen Last entbunden sein.

Mögen möglichst viele Kollegen sich eingehend mit diesen Vorschlägen befassen, damit man auf der kommenden Generalversammlung ein klares Bild vor sich hat. sch.

Die Genossenschaftsbewegung

in einem unumstößlichen Vorrat begriffen. Mehr und mehr gewinnt in wirtschaftlich-schwächeren Volksschichten der Gedanke Boden, daß auf allen Gebieten, das Wohl des Einzelnen vom Zusammenschluß der Masse abhängig ist.

Die bemerkenswertesten Bestrebungen genossenschaftlicher Selbsthilfe in der Arbeiterschaft, sind auf dem Gebiete der Vermittlung der zum Leben notwendigen Waren vorhanden. Wo immer nur die Arbeiterschaft über den Druck eines hohen Lebensmittelpreises zu klagen hat, finden wir, wie alsbald die Gründung eines Konsumvereins in die Wege geleitet wird. Das die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dies im Vordertreffen der Bestrebungen der Konsumvereine gefunden haben, braucht eigentlich kaum hervorgehoben zu werden. Es ist eben eine nur zu bekannte Tatsache, daß der zur Erlangung seiner Lage gekommene Gewerkschaftler, derjenige ist, der auf allen Gebieten vorwärts drängt. Wenigstens ist uns kein einseitiger Gewerkschaftler bekannt, der von seiner Standesorganisation allein, die Hebung seiner Lebenshaltung erwartet. Im Gegenteil: Die Auffassung ist allgemeiner geworden, daß die verschiedensten Organisationen sich in die Arbeit um die Emanzipation der Arbeiterklasse teilen müssen. Der ziel- und weg- bewusste christliche Arbeiter stellt deshalb seinen Mann nicht nur in der Gewerkschaft, sondern auch im Konsumverein, der politischen Partei und bei den genossenschaftlichen Bestrebungen.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung gliedert sich in drei Stufen und ist hier eine ähnliche Entwicklung wahrzunehmen wie in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die erste Stufe findet ihren Halt im sog. Krüger'schen Verbande, dem Verbande deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Charlottenburg. Es hat mal eine Zeit gegeben als dieser Verband unter den Konsumvereinen eine dominierende Stellung eingenommen hat. Ähnlich wie die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften hat der Verband es jedoch nicht verstanden, neueren Verhältnissen Rechnung zu tragen. Ungeklärt um alle Selbsthilfe ist er weiter auf dem Boden eines definitiven Stillschweigens geblieben. Die Folge war Unzufriedenheit, Mißmut und zuletzt der Ausschluß einer großen Zahl von Konsumvereinen, die unter sozialdemokratischer Leitung standen.

Letztere suchten und fanden eine engere Verbindung im Zentralverband deutscher Konsumvereine mit dem Sitz Hamburg. Auch diese Richtung in der Konsumvereinebewegung hat sich die Sympathie der christlichen Arbeiter nicht zu erlangen gewußt. Bedingt durch den Zentralverband offenkundig die Auffassung, daß nur eine Arbeiterbewegung auf sozialdemokratischer Grundlage berechtigt ist. Er selbst ist grundsätzlich ab, mit den christlichen Gewerkschaften Tarifverträge für die in den einzelnen Konsumvereinen Angehörigen abzuschließen. Schließlich ist der Ausschluß von Tarifverträgen mit den christlichen Gewerkschaften ja auch ein Kompens, da die einfachen dem Zentralverbande angeschlossenen Konsumvereine schon dafür sorgen, daß nur möglichst gefeierte Anhänger der Sozialdemokratie zur Aufnahme gelangen.

Wo aber ist denn nun der Sammelplatz der konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen der christlichen Arbeiter zu finden? Abgesehen davon, daß es in den beiden schon genannten Verbänden noch viele christliche „Missions“ gibt, die entweder nicht verstehen, wie sie mit dem Warenmarkt gleichzeitig ihre Überzeugung verkaufen oder die aus irgend welchen triftigen Gründen sich nicht freizugeben können, wird der Sammelplatz der konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen der christlichen Arbeiter im „Verband westdeutscher Konsumvereine“ sein. Dieser erst verhältnismäßig kurze Zeit bestehende Verband hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die aus der christlich-nachbarlichen Arbeiter- und Angehörigenbewegung hervorgehenden Konsumvereine zu sammeln und die Genossenschaftsbewegung hier von politischem Dreck, in weiten Volksschichten zu reinigen.

Der „Verband westdeutscher Konsumvereine“ hat das Erbe der überlebten Gewerkschaftskonsumvereine und der verfallenen Gläubiger-Gewerkschaften übernommen. Er hat es sich als seine Aufgabe gesetzt, die besten Kräfte, die es gibt

gemacht werden soll, hatte zum II. Verbandstage die Delegierten, auf den 22. August d. J. nach Köln zusammenberufen. Ein erster Delegiertentag fand im Jahre 1905 zu Neuf statt. Hier beschloßen 27 rheinische Vereine sich dem in Bonn domicilierenden Verbande rheinpreussischer landwirtschaftlicher Genossenschaften anzuschließen. Dadurch wurde erreicht, der Anstoß an einen Revisionsverband, die Tätigkeit der Bezugskommission für die Vereine und der Anstoß an die Genossenschaftsbank. — Da in der Nachbarprovinz Westfalen jedoch auch die christlichen Arbeiter nicht ruhen in der Schaffung von Konsumgenossenschaften und den letzteren die Möglichkeit genommen war, dem bereits erwähnten Revisionsverbande anzugehören, machte sich das Bestreben nach einer anderweitigen Regelung dieser Verhältnisse geltend. Die Gründung des „Verbandes westdeutscher Konsumvereine“ ging voraus und ab Januar 1910 bildet dieser einen eigenen Revisionsverband, unabhängig von Bonn. Die Bezugskommission und die Genossenschaftsbank stellen sich jedoch nach wie vor in den Dienst der Konsum-Genossenschaftsfrage.

Wie der auf dem II. Verbandstage erstattete Geschäftsbericht zeigt, bestand der Verband am Jahresluß 1908 aus 63 Vereinen. 59 Vereine mit 25.540 Mitgliedern, welche letztere Zahl Juli 1909 wohl auf 40.000 angewachsen ist, gaben der Verbandsleitung über ihre Wirksamkeit im Jahre 1908 Auskunft. Hiernach betrug der Warenumsatz im eigenen Geschäft 7.582.459,19 Mk., im Lieferantengeschäft 2.134.653,20 Mk., zusammen 9.717.112,39 Mk. Pro Mitglied ergibt das ein Umsatz im eigenen Geschäft von 265,67 Mk., insgesamt von 340,47 Mk. — Der Umsatz im eigenen Geschäft betrug bei 25 Vereinen bis 50.000 Mk.; bei 15 Vereinen: 50—100.000 Mk.; bei 11: 100—150.000; bei 2: 100—200.000; bei 2: 200—300.000; bei 1: 300—500.000; bei 2: 500.000—1.000.000 und in einem Vereine über 2 Millionen Mark. Letzterer Verein ist die Konsumgenossenschaft „Eintracht“ zu Köln-Mülheim (Rh.). Neben 2.075.025 Mk. im eigenen, setzte die „Eintracht“ noch 1.340.000 Mk. im Lieferantengeschäft um. — Der Umsatz des Verbandes wurde erzielt in 190 Verkaufsstellen, deren die „Eintracht“-Köln allein 36 zählt. Im Durchschnitt ergibt sich ein Umsatz pro Verkaufsstelle von 39.907 Mk., pro Verein von 164.696,83 Mk. Ein Zentrallager haben 6 Vereine. Die Zahl der Angestellten (für die eine Pensionskasse geschaffen werden soll) beträgt 455; davon sind 36 bejodete Vorstandsmitglieder, 45 Lagerhalter, 84 Lagerhalterinnen, 242 Verkäuferinnen und Lehrlinge, 24 sonstiges Personal. Haus- und Grundbesitz haben 15 Vereine im Werte von 336.866,66 Mk. Hieraus lasten Hypotheken in Höhe von 207.352 Mk., Sparanlagen sind in 19 Vereinen eingerichtet mit einer Einlage von 82.434,56 Mk. Ueber die Geschäftsgebarung der berichtenden Vereine gibt folgende Tabelle Auskunft:

Aktivposten:		Passivposten:	
Kassenbestand	106.216,01 Mk.	Warenschulden	281.539,11 Mk.
Bankguthaben	519.463,63 "	Geschäftsguthaben	439.004,38 "
Wareneinsatz	729.105,42 "	Reserven	167.179,39 "
Immobilien	336.866,66 "	Hypotheken	207.352,63 "
Inventory	174.143,81 "	Sparanlagen	82.434,56 "
Debitoren	53.242,99 "	Rantionen	12.693,24 "
	1.919.037,99 Mk.		1.190.203,31 Mk.
		Ueberschuß	728.834,68 "
			1.919.037,99 Mk.

Der Stand der Verbändevereine ist im Durchschnitt durchaus kein ungünstiger, wie folgender Vergleich mit dem Hamburger Zentralverband beweist. Pro Kopf und Mitglied entfallen im Westdeutschen Verbande 3,72 Mk. Kassenbestand, im Zentralverband 2,54 Mk., Bankguthaben 18,20: 16,09 Mk., Wareneinsatz 25,54: 34,09 Mk., Immobilien 11,83: 45,82 Mk., Inventory 6,11: 7,75 Mk., Warenschulden der Mitglieder 1,86: 2,03 Mk. Passiven: Warenschulden 9,86: 7,27 Mk.; Geschäftsguthaben 15,38: 19,34 Mk., Reserven 5,85: 10,84 Mk., Sparanlagen 2,88: 18,61 Mk., Hypotheken 7,26: 23,90 Mk., Rantionen 9,44: 2,24 Mk., Ueberschuß 25,53: 20,09 Mk. Die Rückvergütung (Dividende) betrug bei einem Verein 2%, bei 2: 3%, bei 7: 4%, bei 3: 5%, bei 7: 6%, bei 5: 7%, bei 1: 7 1/2%, bei 9: 8%, bei 1: 8 1/2%, bei 7: 9%, bei 2: 10%, bei 1: 11%. Allgemein wurden Rückvergütungen von 8% und darüber als umgekehrt bezeichnet. Nicht das Herausdrängen einer hohen Rückvergütung sei die vornehmste Aufgabe der Konsumvereine, sondern die Preisregulierung auf dem Warenmarkt. Durch die Bezugskommission konnten 47 Vereine Waren im Werte von 831.866,59 Mk. — Die von den berichtenden Vereinen gezahlten Steuern erreichten im Jahre 1908 eine Höhe von 33.677,10 Mk., ein Beweis, daß eine Sonderbesteuerung der Konsumvereine durchaus nicht angebracht ist. Im Jahre 1909 dürfte die Steuersumme noch bedeutend höher sein. — Das Organ des Verbandes „Der Konsumverein“ erscheint monatlich in einer Auflage von 16.000.

Die sich an den Geschäftsbericht anschließende Diskussion, sowie auch das Referat des Geschäftsführers Kollegen Biffelschen über die Gründung von weiteren und der Ausbau von bestehenden Konsumvereinen beschäftigten sich in ausgedehntester Weise mit der Stellung der christlichen Gewerkschaften und den konfessionellen Arbeitervereinen zu den Konsumgenossenschaften. Ramentlich wurde die passive oder gegenwärtige Haltung mancher im Vordertreffen stehender christlicher Gewerkschaftler, gegenüber den Konsumvereinen bedauert. Diese hielten zwar, weil sie befürchteten, daß durch die Genossenschaft die tüchtigsten Kräfte der Gewerkschaft entzogen würden. Die Debatte auf dem Verbandstage hätte keineswegs so fruchtlos abgelaufen, wenn die Gewerkschaften mehr in den Hintergrund getreten wären. Man kann eben nicht verlangen, daß alle Gewerkschaftler mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft auf dem Gebiete der Konsumvereinebewegung tätig sind. Schließlich sind doch die Gewerkschaften und sonstige Organisationen zur Hebung der Lage der Arbeiterschaft auch noch notwendig. Das heißt verlangen, daß tüchtige Kräfte. Es mag ja ganz gut sein, wenn auch

in der Genossenschaftsbewegung Stürmer und Dränger vorhanden sind, allein man sollte nicht vergessen, daß „Nicht einem Tage“ erbaut wurde. Die Behandlung, die den Genossenschaften auf dem Verbandstage von verschiedenen Seiten zuteil wurde, ging über das gerechte Maß hinaus. Angesichts dessen, daß von den 140 Delegierten wohl mehr als 1/3 christliche Gewerkschaftler waren, kann doch eigentlich von einer Vernachlässigung der Unterstützung der Genossenschaftsbewegung durch die christlichen Gewerkschaftler keine Rede sein. Wo irgendwie Mißstimmigkeiten sich an einem Orte ergeben sollten, werden die maßgebenden Instanzen schon Remedur zu schaffen wissen. Die mehrstündige Diskussion auf dem Verbandstage erschien uns über diesen Gegenstand ziemlich überflüssig. — Der Verbandstag einigte sich schließlich auf vom Referenten vorgeschlagene Leitsätze, die das Verhältnis zwischen Konsumvereinen und Gewerkschaften regeln sollen. — In den weiteren Verhandlungen des Verbandstages wurde u. a. auch die Frage der Errichtung eines Schiedsgerichts, das Streitigkeiten der Funktionäre der Genossenschaften untereinander schlichten soll, erörtert. Ebenso wurde die Frage besprochen, wie ein intensiverer, gemeinschaftlicher Eindruck ermöglicht werden könne.

Alles in allem bot die Tagung ein Bild von der Bedeutung, die die Konsumvereinebewegung im Lager der christlichen Arbeiter bereits erlangt hat. Der Geist für die vertretene Sache war ein guter und läßt sich wohl sagen, daß die Konsumvereine auch in der christlichen Arbeiterschaft noch eine Zukunft haben. Wo in einem Orte das Bedürfnis besteht, einen Konsumverein zu errichten, tun die Kollegen gut, wenn sie sich mit dem Vorsitzenden des „Verbandes westdeutscher Konsumvereine“, Kollegen Peter Schladt, Mühlheim-Rhein, Andraestraße, in Verbindung setzen. Wo ohne Erfahrung gegründet wird, entstehen nur zu leicht Mißbildungen, die nicht leben und nicht sterben können und die dann auch in der Regel den Gewerkschaften Unflut geben, ihre Unabhängigkeit von der Genossenschaftsbewegung, mehr wie lieb, zu betonen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 35. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. August fällig ist.

Die Zahlstelle Gießen erhält die Genehmigung 10 Pfg. Totalbeitrag zu erheben; der wöchentliche Beitrag beträgt daher 60 Pfg. pro Woche.

Das Mitgliedsbuch Nr. 33.628, auf den Namen Andreas Mauler, Schreiner, lautend, ist verloren gegangen und wurde deshalb für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Kollegen! Seid Ihr gewillt in eine andere Arbeitsstelle einzutreten, so erkundigt Euch zuvor über die hier bestehenden Verhältnisse, bei der zuständigen Ortsverwaltung. Die Liste der im Organ veröffentlichten gesperrten Orte und Firmen bietet keinerlei Gewähr dafür, daß bei ungenannten Firmen keinerlei Mißstände oder Differenzen bestehen.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten von

Schreiner und Maschinenarbeiter: Alleneßen (Schnee & Degenbrod), Heidelberg, Magdeburg, Reiffe, Herford, (Kruhl & Knige, Herforder Möbelindustrie und Kopla) Gnesen, Delbe, Lünen, Bork, Selin, Metan (Tirol.)
 Sticker: Hamburg.
 Glaser: Erfurt.
 Stuhlmacher: Celle.

Tarifabschluß in Gladbeck. Die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Herrn Beigeordneten Rath in Essen führten auch für Gladbeck zu einem Tarifabschluß, welcher den Kollegen große Vorteile bringt. Unter Zugrundelegung des allgemeinen Vertragsmusters enthält der Tarif folgendes: „Sofort eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. pro Stunde, ab 1. April 1910 eine weitere Zulage von 2 Pfg. und am 1. April 1911 eine nochmalige Zulage von 2 Pfg. pro Stunde auf alle bisher gezahlten Löhne. Der Durchschnittslohn erhöht sich demzufolge von 46 auf 51 Pfg. Die Arbeitszeit, welche bisher 60 Std. pro Woche betrug, ist zunächst auf 59 Std. reduziert und beträgt ab 1. April 1911 wöchentlich 57 Std. (täglich 9 1/2 Std.). Weiter kommt in Betracht, daß die allgemeinen Bestimmungen des Vertrages, wie z. B. Vergütung für Montagearbeiten, gegenüber dem bisherigen Vertrage, den Kollegen bedeutende Vorteile sichern. Mögen die Gladbecker Kollegen nicht vergessen, daß das Errungene nur der Einigkeit zu verdanken ist.“

Der Lohnkampf im Glasergewerbe zu Erfurt dauert un verändert fort. Die Arbeitgeber, welche die Kündigung des Tarifes, wie sie angaben, nur wegen Regelung des Arbeitsnachweises vollzogen hatten, werfen den ausständigen Gehilfen Kontraktbruch vor. Unseres Erachtens völlig zu unrecht. So lange Verhandlungen wegen des Tarifes vor dem Einigungsamt schweben, behand keine Kündigung. Hätten die Gehilfen am nächsten Arbeitstage auch nur eine Stunde gearbeitet, so wäre die Kündigungszeit in Kraft getreten. Das ist aber nicht geschehen. Scharf genommen hat der 1905 abgeschlossene Tarif noch nie zurecht bestanden. Abgesehen davon, daß die Arbeiter zahlten, was sie wollten, zur Zeit bedauern

den an sich minimalen Lohnsätzen (man vergleiche dagegen den Weipziger Tarif), war die Frage des paritätischen Lohnnachweises bis jetzt noch nicht geregelt, ergo besteht jetzt noch kein Tarif, der rechtsgültig ist. Vor dem Einigungsamt verlangten die Meister das Datum der Kündigungzeit des Tarifes in den Winter hinein zu verschieben. Das lehnten natürlich die Gehilfenvertreter ab. Wenn der Tarif mit der Regelung des paritätischen Lohnnachweises wirklich als nunmehr zu Recht bestehend abgeschlossen werden soll, dann auch von dem Tage ab, wo er zustande kam. Darauf gingen die Meister nicht ein, auch erklärte das Einigungsamt sich nunmehr außerstande weiter zu verhandeln. Am 19. Juli legten daraufhin die Glaser geschlossen die Arbeit nieder. Selbstverständlich streift man nicht Späße über, und so stellen denn auch die Gehilfen jetzt Forderungen und zwar wurde die „hohe“ Forderung von 2 Pfg. Zulage pro Stunde verlangt; auf Anraten des Arbeitgeberverbandes, sogar erst ab Herbst d. J. Jahres zahlbar. Die Glasermeister erklärten sich „hohe“ Forderungen nicht bewilligen zu können. Man bedenke: 30 bis 45 Pfg. Stundenlohn für Glaser; manche Meister zahlten nur 25 Pfg. pro Stunde! Diese „hohen“ Löhne sollten keinen Ausschlag rechtfertigen? Bis jetzt sind die Streikbrecher noch ziemlich fern gehalten, wo aus den Buden herausgeholt worden; die Sache der Kollegen steht gut. Erwähnenswert ist noch Folgendes: Vor dem Streik wurde stets auf sachgemäße, saubere Arbeit geachtet, jetzt aber sind die Meister, sowohl wie die Auftraggeber mit dem größten „Murks“ zufrieden, wenn nur „etwas fertig“ wird. Es ist aber eine alte Waisenwahrheit, daß nach Beendigung einer Lohnbewegung, die Meister selbst der „Kaufmann“ sind und dieselben der wohlverdiente „Tritt“ wird. Glaser, Bauhändler und Maschinenschreiner nehmen bei keinem geübten Glasermeister Arbeit an!

Endgültige Beendigung der Lohnbewegung in Bochum. Nachdem hier selbst mit dem Arbeitgeberbunde für das Bauhandwerk ein Tarifvertrag abgeschlossen war und der Schutzverband für das Holzgewerbe sich bis dahin ablehnend verhielt, ist nunmehr nach 3tägigem Streik derselbe Vertrag, wie er mit dem Bauhandwerk abgeschlossen war, auch mit dem Holzgewerbe abgeschlossen. Der Vertrag mit dem Schutzverband weicht durch zwei kleine Änderungen von dem Vertrag mit dem Bauhandwerk ab. Erstens läuft derselbe 14 Tage früher ab (1. April 1912, statt 15. April 1912) und zweitens werden durch denselben 15 Pfg. Zulage pro Std. bei Umzugsarbeiten vergütet, wogegen der Vertrag mit dem Bauhandwerk nur mindestens 10 Pfg. vorsieht. Die bisher in Bochum übliche Bauzulage von 3 Pfg. pro Std. ist durch Beschluß des Herrn Beigeordneten Rath in Essen nur noch für Abbruch- und abbruchähnliche Umbauten vorgesehen, sowie auch die diesbezüglichen Bestimmungen des neuen Vertrages im hiesigen Bezirk lauten. Bis zum 1. Januar 1910 soll die Bauzulage von 3 Pfg. noch beibehalten werden. Die Schreinerzwangsinnung von Bochum hat sich dem abgeschlossenen Vertrage angeschlossen.

Die Bewegung ist somit für Bochum endgültig beendet. Jetzt gilt es für die Kollegen, das Errungene hochzuhalten und stets so gerüstet zu bleiben, wie es bei dieser Bewegung der Fall war. Wo solche Einigkeit und Geschlossenheit herrscht, da bei dieser Lohnbewegung, da steht es mit den Arbeiterinteressen nicht schlecht.

Zum Tarifabschluss in Fredenhorst ist zu berichten, daß der Mindestlohn für Gesellen nach erst beendigter Lehrzeit 10 Pfg. pro Stunde beträgt. Nicht wie es in Nr. 34 des „Holzarbeiter“ heißt 20 Pfg.

Der Streit in Deynhansen wurde nach einer Dauer von 4 Wochen aufgehoben; die Mehrzahl der beteiligten Kollegen anderweitig in Arbeit getreten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bad Tölz. Still und anmutig liegt unser Badeort am Fuße der Alpen, in dem es sich im Sommer besonders stark regt. Das Leben herrscht zur Zeit auch in der Zahlstelle unseres Verbandes. Das beweist zunächst der bei der Firma Moralt am 16. Juli erneuerte Tarif. Deutlicher noch konnte man das beobachten bei der Versammlung, die wir am 17. August abhielten und in welcher Kollege Heinold-München als Referent anwesend war. Den kürzeren Gewerkschaftskongress und dessen Bedeutung send kam Redner auf die Ursachen und Wirkungen der Tarifbewegungen zu sprechen und schilderte deren Bedeutung für das gewerbliche Leben. Der Tarifvertrag ist als eine Norm abgeschlossene oder abzuschließende Einzelarbeitsverträge zu betrachten und bildet als Grundlage und Vorbedingung das Vorhandensein bestimmter Arbeits- und Lohnverhältnisse in sich. In der Linie ist eine gewisse Ausschaltung der freien Konkurrenz das Verständnis für die Organisation notwendig. Letztere muß auf beiden Seiten, Arbeiter wie Unternehmer, zur regelrechten Wahrung der Tarifverträge unerlässlich. Vor- und Nacharbeiten für beide auseinanderlegend, berührte Referent auch die wichtige Stellung der einzelnen Organisationsrichtungen in der Tariffrage. Der Sinnwandel der Konkurrenzunfähigkeit Deutschlands gegenüber anderen Ländern durch die Tarife seitens der Unternehmer kann am besten dadurch widerlegt werden, daß in den von Tarifgebende sich immer mehr Bahn bricht. Beisp.: Österreich, Schweiz u. a. m. Das Bestreben der Reichs- und Landesregierungen zu schaffen blieb nicht unerwähnt; besonders wurde der Kampf im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hervorgehoben, den unsere Organisation mit großem Erfolg führte. Die unbedingte Notwendigkeit ist und bleibt auch für die Folge Kollegen zur Aufrechterhaltung des erneuerten Tarifes die Hochhaltung der Kollegialität und Solidarität. Unersetzliches Vertrauen bei Akkordarbeiten, Rücksichtnahme auf jüngere Kollegen, gelegentliches Zutrittskommen und das Bemühen, aufmerksam auf die verschiedenen Arbeitsverhältnisse darzulegen. Mit großer Aufmerksamkeit wurde die 1/2stündige Vortrag verfolgt. Die Diskussion bewegte sich im selben Sinne. Im Schlusswort kam der Referent noch auf die Zusammenhänge im wirtschaftlichen Leben zu sprechen und betonte, damit die Gleichberechtigung des Arbeiters. Die verschiedenen Gegenstände der beschriebenen Gewerkschaftsrichtungen sind nicht unerwähnt. — So verließ die Versammlung, die

bis auf den letzten Kollegen besucht war, in jeder Weise anregend und war jedem einzelnen ein neuer Ansporn zur unermüdeten Mitarbeit im Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Essen. Den Mitgliedern der Zahlstelle Essen diene zur Nachricht, daß sich in den von der Zentrale herausgegebenen Tarifverträgen leider einige bedauerliche Druckfehler eingeschlichen haben, die hiermit richtig gestellt werden. Der Durchschnittslohn beträgt nicht 47 1/2 Pfg., sondern wie es in den Verträgen bereits angegeben ist, 53 Pfg. Dann ist die Kündigung nicht eine dreitägige, sondern eine eintägige. Um weiteren Irrtümern vorzubeugen werden alle Kollegen hiermit ersucht die erhaltenen Verträge den Vertrauensleuten zurückzugeben; es werden in den nächsten Wochen andere herausgegeben.

Mainz. Unsere am Sonntag, den 8. August d. J., abgehaltene Versammlung verfolgte den Zweck, unser zehnjähriges Bestehen zu feiern. Am 1. August 1899 wurden die ersten Mitglieder unserer Zahlstelle aufgenommen. Zur Festrede war Frau Niebach-Düsseldorf gewonnen. Rednerin verstand es in vorzüglicher Ausprägung die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Verbandes zu beweisen. Ganz besonders für die Frauen und Töchter unserer Kollegen hat das Referat beherzigendes. Praktische Beispiele sorgten dafür, daß das Referat aufmerksame Zuhörer fand. Ganz besonders wichtig war die Beweisführung betr. die Notwendigkeit der sozialen Betätigung unserer Frauenwelt. Gerade in der Zeit, wo die meisten weiblichen Familienangehörigen der Arbeiter gezwungen sind, infolge ihrer wirtschaftlichen Stellung mitzuverdienen. Das sei der beste Beweis für die Unzulänglichkeit des Lohnes der Arbeiter. Durch diesen Umstand sei die Familie nicht das, was sie eigentlich sein sollte. Die Erziehung der Kinder sei dadurch eine mangelhafte und das moralische Befinden späterer Generationen ein sehr bedenkliches. Des weiteren sei die Frau durch ihre gewerbliche Tätigkeit eine sehr große Konkurrentin und Lohnbrückerin der Männer im wirtschaftlichen Kampfe. Aus allem sei zu ersehen, daß es eine Notwendigkeit ist, daß die Frau sich mehr wie bisher um die Tätigkeit des Mannes im Verbandsleben bekümmere; denn nur eine gut ausgeübte Organisation sei imstande, alle diese Mängel zu beheben, zum mindesten aber doch zu verkleinern. Auch der Indifferente wurde in richtiger Weise gedacht und die Charakterzüge dieser Kollegen gekennzeichnet. Den Schluss der Rede bildete ein Hoch auf den Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands. — Auch unser Bezirkssekretär Kollege Esring, Bezirksvorsitzender Kollege Schuch-Frankfurt, sowie Vertreter der Zahlstelle Wiesbaden waren anwesend und fügten der Festrede einige Worte bei. Ebenso wurde den Kollegen, welche sich am 1. August 1899 aufgenommen ließen und noch heute der Zahlstelle angehören, gedacht. Diesen Bahnbrechern unseres Verbandes hier am Orte sind wir gewiss zu Dank verpflichtet. Es sind dies die Kollegen: Eduard Schäfer, Andreas Schmittlein, Valentin Eldracher, Philipp Dhwald, Johann Duetzsch, Karl Schumacher und Rudolf Sieben. — Für die gemütliche Unterhaltung war ebenfalls gesorgt. Nur zu bedauern war, daß einige Kollegen es nicht der Mühe wert fanden, zu dieser außergewöhnlichen Versammlung zu erscheinen. Mögen alle Kollegen im neuen Jahrzehnt sich rege am Verbandsleben beteiligen, damit auch fernerhin die Zahlstelle Mainz im Verband eine gute Stellung einnimmt.

Billingen. Der Streit der hiesigen Bau- und Möbelschreiner wurde nach 6 1/2 wöchentlicher Dauer aufgehoben. Ein Vertrag kam nicht zustande, jedoch nunmehr Zustände wie sie vor drei Jahren bestanden wieder eingeführt werden können. Der im Jahre 1906 abgeschlossene Vertrag lief am 30. Mai d. J. ab und waren die beiden Organisationen zwecks Verhandlungen an die Schreinermeister herangetreten. Schon bei der ersten Zusammenkunft ließen die Arbeitgeber keinen Zweifel darüber, daß sie keinerlei Zugeständnisse machen wollten. Die gestellten Forderungen waren den geschäftlichen Verhältnissen entsprechend äußerst minimal, und zwar 3 Pfg. Zulage pro Stunde, für 1/2 Stunde die an Samstagen weniger gearbeitet wurde, sollte in Zukunft kein Lohnabzug erfolgen und für Arbeiten in Bauten sollten 5 Pfg. pro Stunde gegenüber früher 10 Pfg. pro Tag gewährt werden. Trotzdem lehnten die Arbeitgeber nicht nur jede Verbesserung ab, sondern machten bei den abermals stattgefundenen Verhandlungen Vorschläge, welche bedeutende Verschlechterungen gegenüber den bisherigen Verhältnissen darstellten. So sollte die bisherige 9 1/2 stündige Arbeitszeit auf 10 Stunden verlängert, der im alten Vertrage normierte Minimallohn sowie die Garantie des Tagelohnes bei Akkordarbeit abgeschafft und die Zulage nur noch bei Neubauten gewährt werden. Daß die Kollegen angesichts der Feuerungsverhältnisse gewillt waren, alles daran zu setzen um wenigstens einigermaßen Verbesserungen zu erzielen ist selbstverständlich. So traten denn auch alle Kollegen, organisierte wie unorganisierte in den meisten Geschäften geschlossen in den Ausstand. Die Arbeitgeber machten alle möglichen Anstrengungen, von auswärtigen Arbeitswilligen zu erhalten und die herausgegebenen schwarzen Listen, auf denen sogar kranke Kollegen aufgeführt waren, sollten dazu beitragen, die Gesellen den Wünschen der Meister willfähriger zu machen. Die Vermittlung des Herrn Bürgermeisters Dr. Braunagel als Vorsitzender des Gewerbegerichtes und der hiesigen Fabrikinspektion wurde von den Meistern strikte abgelehnt. Während sich die Streikposten mühselig verhielten, ließ sich ein Arbeitgeber gegenüber einem streikenden Kollegen zu einer Beileidigung herbei und wurde zu 5 Mark und Tragung der Kosten verurteilt. Angesichts eines solchen, wohl mehr als sonderbaren Verhaltens der Arbeitgeber muß es unjournale verurteilt werden, daß sich nach einigen Wochen Arbeitswillige fanden und auch einige von den Streikenden zu Streikbrechern wurden. Mit deren Hilfe und durch gegenseitige Unterstützung gelang es den Meistern die dringende Arbeit fertig zu stellen. Ebenso wurde von einigen Kleinmeistern in Trierberg, ohne daß es verhütet werden konnte, Streikarbeit geliefert. Eine Weiterführung des Kampfes war unter diesen Umständen zwecklos, weshalb die Streikenden die Aufhebung beschloßen. Wenn schon organisierte, dazu noch waschechte „Genossen“ wie der Herr Dirigent des sozial. Gesangvereins „Freiheit“, glauben, ihren Kollegen in den Rücken fallen zu können, indem die Arbeit aufgenommen wurde, so muß die Aussicht auf Erfolg schon stark in Zweifel gezogen werden. Hier hat sich wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß nur gestützt auf die Solidarität und Kollegialität der Arbeiter Erfolg erzielt und dauernd die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert werden können. Dies mögen nicht nur die Kollegen in Billingen, sondern auch in der ganzen Umgebung beherzigen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinarbeiten, daß auch der letzte Holzarbeiter der Organisation zugeführt wird. Was in anderen Städten, was auch in Schramberg möglich war, muß auch für Billingen und Umgebung nicht unmöglich sein. Wenn auch ansehnend die Verhältnisse hier etwas schwieriger liegen mögen, so wird auch hier wie allenthalben, sich die Erkenntnis Bahn brechen müssen, daß ohne strenge Organisation, deren Grundpfeiler eben Solidarität und Kollegialität sind, eine gesunde Wahrung der Arbeiterinteressen nicht möglich

ist. Und wenn auch gegenwärtig unter diesen Umständen die Anerkennung und Durchführung berechtigter Forderungen nicht möglich war, so wird zweifellos die Zeit kommen, kommen müssen, wo das Unerreichte nachgeholt werden muß. Und je mehr die Kollegen für die Ausbreitung der Organisation Sorge tragen, mit dazu helfen, daß auch die Indifferenten dem Verbandszugeführt werden, desto eher wird dies möglich sein. Mehr denn je muß nun die Lösung sein: Agitation, Aufklärung und jähes Festhalten an der Organisation. Die christlichen Arbeiter von Billingen haben zweifellos aus dieser ganzen Bewegung gelernt und werden diese Erfahrungen in Zukunft beachten. Wenn aber ein übererfrühter Skribent glaubt, in Nr. 182 des sozialdemokratischen „Volksfreund“ den christlichen Arbeitern besondere Anweisung geben zu müssen, so möchten wir bringend raten, dafür sorgen zu wollen, daß man zunächst im eigenen Lager das Richtige „einsehen lernt“. Es wird dies zweckmäßiger und für das Ansehen der Organisation notwendiger und dankbarer sein. Die christl. Arbeiter lehnen solche „wohlgemeinte“ Anweisungen umso mehr ab, als durch ihre Organisation mit allem Nachdruck darauf hin gearbeitet wird, daß der Arbeiterstand zu seinen Rechten kommt.

Mhaus. Unsere Zahlstelle, eine der jüngsten unseres Verbandes hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens verhältnismäßig gut entwickelt. Die Mitglieder rekrutieren sich bis jetzt ausschließlich aus Beschäftigten in der westfälischen Zündholzfabrik, Gebrüder Kurz in Mhaus. Bis auf einige wenige sind sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen Mitglieder unseres Verbandes und hoffen wir auch die Arbeitsverhältnisse auf der genannten Fabrik so gestaltet zu sehen, daß uns auch ein auskömmliches Dasein gesichert wird. Vor allem wären wohl die Tagelöhne, welche jetzt 24 Pfg. pro Stunde für männliche Arbeiter betragen, einer Aufbesserung bedürftig. Aber auch die Akkordlöhne sind gerade keine rosigen. Nach einer durch unseren Bezirkssekretär gemachten Zusammenstellung verdienen bei intensiver Tätigkeit die Arbeiter an den Schälmaschinen durchschnittlich 3,50 Mk. pro Tag, an den Gradlegemaschinen 3,60 Mk., Einlegemaschinen 4,00 Mk., Perforiermaschinen 4,00 Mk., Zählmaschinen 3,50 Mk., Auslegemaschinen 3,50 Mk., Füllmaschinen (ausschließlich der Tätigkeit der weiblichen Arbeiter) 3,25 Mk., Streichmaschinen 3,30 Mk., Spachtelmacher 3,00 Mk.; die Arbeiterinnen kommen auf 1,60 Mk. bis 2,00 Mk. Zur Zeit müssen viel Ueberstunden gemacht werden, weil die Firma bis zum 1. Oktober cr. mit Aufträgen überhäuft ist. Die Firma hat für die Ueberstunde einen Zuschlag von 15 Pfg. bewilligt. Unserem Sekretär hat der Firmeninhaber die Versicherung gegeben, daß nach dem ersten Oktober, wo voraussichtlich eine stille Zeit für die Zündholzindustrie eintritt, keine Arbeiter entlassen werden. Nach Ansicht der Firma wird durch die Einführung der Zündholzsteuer keine Beeinträchtigung der Industrie eintreten. Im Gegenteil hofft man, indem der Einfuhrzoll auf Streichhölzer zur Einführung gelangt, eine Einschränkung der ausländischen Konkurrenz und dadurch eine Belebung der heimischen Industrie. Weiter hat man unserm Sekretär das Versprechen gegeben im Januar 1910 die Löhne allgemein aufzubessern. Eine Aufbesserung hat auch dringend not, angesichts der intensiven und teils auch schweren Arbeit welche zu leisten ist. Mögen die Kollegen und Kolleginnen durch einiges Zusammenwirken dafür sorgen, daß ihre Wünsche in Erfüllung gehen. Einigkeit macht stark.

Sterbetafel.

Jacob Nikel, Schreiner, gestorben zu Rempten. Ruhe in Frieden.

Gewerkschaftliches.

Fachabteilungs-Schwindel. Bekanntlich suchten die „Berliner“ Facharbeiter vor einigen Wochen im ober-schlesischen Baugewerbe auf Kosten der Arbeiterinteressen zu einem Tarifvertrag zu kommen. Als die Gewerkschaften dort in einem Kampfe standen um Verbesserung der Lohnverhältnisse, schloffen sie hinterücks mit dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes einen Vertrag ab, der nicht nur die bisherigen schlechten Verhältnisse festlegte, sondern auch für die Zukunft den Arbeitgebern eine bequeme Handhabe zu weiteren Verschlechterungen bot. Den Arbeitgebern war dies sehr willkommen, denn sie verfolgten, wie es in einem Geheimzirkular an die Mitglieder hieß, damit „einen Stamm arbeitswilliger Leute zu erhalten, andererseits in den geschlossenen Organisationen der Zentralverbände der Maurer bzw. Zimmerer Deutschlands und des Zentralverbandes der christlichen Bauhandwerker Deutschlands... einen Keil hineinzutreiben“... Der beabsichtigte jämmerliche Arbeitererrat der „Berliner“ scheiterte, denn denselben fehlten die — Mitglieder. Wohl oder übel mußten sich die Arbeitgeber bequemen, mit den erwähnten Verbänden einen Vertrag abzuschließen, der auch eine Lohnaufbesserung von 3 Pfg. pro Stunde brachte. Doch die „Berliner“ geben das Spiel noch nicht verloren. „Was nicht ist, kann noch werden“, so denken sie und haben zu dem Zwecke folgendes Rundschreiben in alle Welt an ihre Vereine gesandt:

Arbeitersekretariat Ratibor, 29. Juli 1909.
des Verbandes der katholischen Arbeitervereine — (Sitz Berlin).

Erw. Hochwürden!
Die verbündeten sozialdemokratischen und christlichen Organisationen haben während des vor kurzem beendigten Lohnkampfes im Baugewerbe des Oberschlesischen Industriebezirks in ihren Versammlungen, wie auch bei den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und vor dem Einigungsamt stets behauptet, (?) wie hätten keine Mitglieder. Durch dieses Vorgehen haben dieselben auch erreicht, daß unsere Organisation von den zuerst mit den Arbeitgebern gepflogenen Verhandlungen, wie auch später vor dem Einigungsamt ausgeschlossen wurde.
Der neue, eben abgeschlossene Tarifvertrag hat nur Giltigkeit bis zum 1. April 1910. Die neuen Verhandlungen sollen bereits im Dezember d. J. beginnen. Da die Arbeitgeber uns gegenüber erklärt haben, daß sie mit unserer Organisation zuerst verhandeln würden, ist es notwendig, daß wir den Arbeitgebern wie auch unseren Gegnern nachweisen können, daß wir in Oberschlesien die Mehrheit haben. Zu diesem Zweck bitten wir Euer Hochwürden, die Mitglieder des dortigen Verbandes, welche im Baugewerbe beschäftigt sind, in

die anliegenden Listen eintragen zu lassen, und
lehre uns umgekehrt ausgefüllt zurückzusenden.
Im voraus bestens dankend, zeichnet

Mit Verbandsgruß
Euer Hochwürden ganz ergebener
Latta, Arbeitersekretär.

Dieses interessante Schreiben wird, wie gesagt, in alle
Stimmbezirke verandt. Das vorstehend abgedruckte ist
an einen Verein in der Nähe Hamburgs gerichtet. Da
bleibt nur ein zweifaches übrig: entweder werden in ganz
Deutschland Adressen von „Berliner“ Bauarbeitern gesammelt,
um die ober-schlesischen Bauunternehmer bei den künftigen
Verhandlungen hinter's Licht zu führen, oder es ist den Fach-
arbeitern von letzteren nahegelegt worden, daß bei genügender
Import von „Arbeitswilligen“ der Vertrag mit ihnen ge-
schlossen werden würde. Ob das glücken wird, ist allerdings
eine andere Frage. Schärfer wie hier, ist aber wohl kaum
schon die Ohnmacht wie auch die Charakterlosigkeit
der „Berliner“ bewiesen worden.

Für die gemeinsame soziale Arbeit der den beiden
Konfessionen angehörigen Arbeiter, sprach sich in bemerkens-
werter Weise auf einer Konferenz der christlichen Gewer-
schaften und konfessionellen Arbeitervereine der Kreise Hamm,
Stadt und Land, der Sekretär der evangelischen Arbeiter-
vereine Knollmann-Anna aus. Er wies in der am
12. August in Hamm stattgefundenen Konferenz darauf hin,
daß die verschiedensten Kreise dem Zusammenwirken von
katholischen und evangelischen Arbeitern skeptisch gegenüber
sind. Und doch sei die Gültigkeit aller Arbeiter gleich
welcher Konfession sie auch angehören, ein Gebot der Not-
wendigkeit. Das Ideal müsse eine große Arbeiterver-
einigung sein, zu der es aber leider nicht kommen werde,
weil die Verschiedenartigkeit der Weltanschauung entgegen-
stehe. Der Redner warf dann einen Rückblick auf die Ent-
wickelung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und be-
zeichnete die Angabe, der man hin und wieder begegne, ein
Zusammengehen sei auf den Stimmenfang fürs
Zentrum berechnet, als Unfug, als ein albernes
Gewäsch. Es seien in der Regel solche Pro-
testanten, die derartige Behauptungen auf-
stellten, die sich wenig oder gar nicht um die
Arbeitererschaft kümmern und nur zur Zeit
einer Reichstagswahl erwachen. In wirtschaft-
lichen Fragen müssen die Arbeiter zusammengehen und auch
zur Durchführung der Arbeiter-Ver sicherungs-gesetze sich auf
Männer einigen, die selbstlos die Interessen ihrer Kameraden
zu vertreten imstande seien. Es müsse ein Heer und eine
Schlachtlinie sein, nur dann sei der Erfolg gewährleistet.
Dem beachtenswerten Vortrage lagen eine Reihe Leitsätze zu
Grunde, in denen es u. a. heißt: „Weite Kreise evangel.
und kathol. Christen glauben noch wegen der Verschiedenheit
ihrer Konfession sei ein Zusammenarbeiten auf sozialwirtschaft-
lichem Gebiete nicht möglich oder nicht möglich. Das
muß zu einer bedauerlichen weiteren Spaltung der deutschen
Arbeiterbewegung führen. Eine weitere Verspaltung und
Schwächung müssen wir in unserem eigenem Interesse mit
allen Mitteln verhindern. Die Gründe, welche man für die
Verspaltung der Arbeit von jener Seite anführt, sind durch die
Fortschritte längst widerlegt. Der Hauptgrund ist der, daß man
eine Verwässerung des Glaubens für die Arbeiter befürchtet.
Das ist aber 1. eine Heileidigung für einen christ-
lichen Arbeiter und 2. in der Praxis gar nicht möglich,
weil konfessionelle Fragen überhaupt nicht besprochen werden.“

Die Maifeier auf Abbruch. Wenn namentlich die
stärkeren sozialdemokratischen Gewerkschaften in der letzten
Zeit Stellung gegen die Maifeier am 1. Mai nehmen, so
geschieht das hauptsächlich nicht allein aus dem Grunde, weil
man sich der Konsequenzen der Feiern (Aussperrung, Maß-
regelung u. dgl.) bewußt ist, sondern auch aus dem Grunde,
um der wegen der Nichtbeteiligung der Arbeiter selbst aus-
stehenden Maifeier ein würdiges Ende zu verschaffen. Es
ganz lang- und nutzlos möchte man den „Votandenbeschlus-
s“ doch nicht zu tragen. Deshalb die Zeichenreden schon
am Krankenbette des unheilbar dem Tode Geweihten. Daß die
Maifeier in der Form der Arbeitssche in Deutschland, dem
Lande, das die stärkste Sozialdemokratie der Welt aufweist,
eine würdige Aktion darstellt, ist ohne Zweifel. Sie be-
endet sich in demselben Rückgang. Es ergibt sich dieses
aus dem in der deutschen Arbeiterzeitung (Nr. 33)
veröffentlichten Bericht des Bezirks deutscher Arbeiterver-
bände. Der Bericht ist das Ergebnis einer Abstimmung des
Bezirks über den diesjährigen Verlauf der Maifeier. Danach
ist bei 26 von 41 Bezirken Hauptverbänden eine Beteiligung
der Arbeiter an Maifeier überhaupt nicht zu verzeichnen
gewesen. D. Verbands deutscher Metallarbeiter

berichtet, daß von seinen 35 Bezirksverbänden 28 von der
Maifeier nicht betroffen sind. Bei den übrigen 12 Verbänden,
welche zusammen 218.994 Arbeiter beschäftigten, feierten
insgesamt 2675 Arbeiter. Bei den Einzelmitgliedern feierte
von 17.474 ein Arbeiter. Der Verband bayerischer Metall-
industrieller, der allein 2123 Teilnehmer an der Maifeier
anmeldete, zerfällt in die Ortsgruppen Augsburg, München
und Nürnberg. Während in Augsburg sich kein Arbeiter an
der Maifeier beteiligt hat, haben in Nürnberg bei einer
Firma 25 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. In München
dagegen haben 2059 Arbeiter gefeiert. Doch ist dabei zu
berücksichtigen, daß in München die Maifeier bei einzelnen
Firmen auf altem Herkommen beruht und nicht mit der
sozialdemokratischen Bewegung zusammenhängt. Alles in
allem haben von 438.984 Metallarbeitern im Bereich des
Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller nur 2676, d. h.
0,55 Proz. an der Maifeier teilgenommen. Es ist demnach
auch in diesem Jahre ein außerordentlicher Rückgang der
Maifeier zu verzeichnen, denn 1908 betrug das Verhältnis
der Maifeiern zur Gesamtarbeiterzahl 0,95 Proz., im Jahre
1907 noch 2,65 Proz. Der weitaus größte Teil der zum
Verband sächsischer Industrieller zu Dresden gehörenden
Betriebe hat keine Maifeier zu verzeichnen. Fast überall
sind die Arbeiter vollständig in den Arbeitsstätten erschienen.
In dem Bezirk des Arbeitgeberverbandes Unterelbe war
ebenfalls die Beteiligung sehr gering. — Wenn verschiedene
Gruppen des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes noch
immer glauben, daß sie dadurch, daß sie mit dem Kopfe
gegen die Wand rennen, die Maifeier retten können, so
bemeißelt das nur, wie sehr hier die Verfechtung von Utopien
den gewerkschaftlichen Aufgaben vorangestellt wird.

Soziale Rundschau.

Die Südwestdeutsche Holz-Berufsgenossenschaft hat zur
Erinnerung an ihr 25-jähriges Bestehen, den „Illustrierten
Seitfaden für die Unfallverhütungstechnik“ in
2. Auflage herausgegeben. Das 175 Seiten starke hübsch
ausgestattete und mit zahlreichen sehr guten Abbildungen
versehene Werk, welches gratis verabfolgt wird, verdient weit-
gehendste Beachtung in Arbeiterkreisen. Vielfach herrscht noch
nicht genügend Klarheit und Verständnis über die Anbringung
und Anwendungen von Schutzvorrichtungen an Maschinen.
Da, wo dieses Verständnis beim Unternehmer noch mangelt,
ist es Pflicht des Arbeiters, nachdrücklich darauf hinzuweisen,
welche Gefahren ihm für Gesundheit und Leben durch das
Fehlen geeigneter Schutzvorrichtungen entstehen und nötigen-
falls durch Anrufung der Gewerbeinspektion oder der Be-
rufsgenossenschaft die schleunige Abstellung solcher Mißstände
zu verlangen. Aber Pflicht des Arbeiters ist es auch, be-
stehende Schutzvorrichtungen zu beachten und zu benutzen.
Insbesondere sollen die älteren, besonnenen Kollegen jugend-
liche Mitarbeiter vor leichtsinnigem Hantieren an Maschinen
warnen. Die zweckmäßigsten Schutzvorrichtungen an Holz-
bearbeitungsmaschinen sind in dem erwähnten Buche eingehend
beschrieben und durch Abbildungen erläutert. Das Studium
des Werkes kann deshalb unseren Kollegen nur warm empfohlen
werden. Schon aus dem Umstand, daß der Arbeiter ein Mit-
bestimmungsrecht bei der Erlassung von Unfallverhütungs-
verordnungen hat, ist es angezeigt, sich mit der Literatur über
dieses Thema immer auf dem Laufenden zu halten um dann
im geeigneten Moment mit praktischen, wohl begründeten Vor-
schlägen auftreten zu können.

Aber in der Hauptsache muß es doch der Erieb der
Selbsterhaltung sein, der dazu zwingt dem Gegenstand die größte
Aufmerksamkeit zu widmen. Ein in der Maschine verlorenes
Glied ist unwiederbringlich dahin. Die Unfallrente ersetzt
es und für sich nur einen Bruchteil des erlittenen Schadens
und muß dieser Teil häufig noch durch verschiedene Instanzen
hindurch erkämpft werden.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Rheinisch-Westfälischer Tischlertag. Die aus dem
Rheinisch-Westfälischen Provinzial-Tischler-Innungsvorstande
ausgeschiedene Innungen haben unter Leitung des Herrn
Käthehan-Essen eine eigene Vereinigung gebildet.
Zu dieser wurde der am 22. August d. J. in Elberfeld
stattgefundene I. Rheinisch-Westfälische Tischlertag veranstaltet.
Nach Erledigung der internen Verbandsfragen hielt Herr
Käthehan-Essen ein Referat über „Die Preis-
bildung und das Submissionswesen“. Zu diesem Referate
gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Der Tischlertag beauftragt den Vorstand, mit allen geschick-
ten erlaubten Mitteln eine gerechte Entlohnung unserer Hände. Werk-
stoffe eine Besserung des Submissionswesens herbeizuführen.
Der Vorstand soll nicht nachlassen in seinem Drängen, bis das
an allen Orten, wo Verbandsmitglieder wohnen, geordnete Ver-
hältnisse und insbesondere auch die angemessenen Preise für die
Lohnstunden eingeführt sind. Der Vorstand soll weiter nicht nach-
lassen, die Behörden über die zerrüttende Wirkung des heutigen
Berechnungssystems auf unser Gewerbe zu unterrichten und zu
bitten, eine Submissionsordnung einzuführen, die den Grund-
aufstellt, einwandfreie Erzeugnisse angemessen zu entlohnen. Zur
Durchführung wolle sie sich der gutachtlichen Mitarbeit gewerblicher
Sachverständiger bedienen.“

Da die in Elberfeld versammelten Vereinigungen die
Träger des Essener Tischleramtes sind, welche letzteres bekann-
lich die Aufgabe hat, für eine richtige Kalkulation der Tischler-
meister zu sorgen, fanden auch die nach dieser Seite hin
gerichteten Bestrebungen eine eingehende Würdigung. Ein
vom Vorstand vorgelegter und vom Tischlerstage angenommener
Antrag besagt:

„Es ist in 5 1/2-jähriger kostspieliger Ermittlungsarbeit bewiesen
worden, daß je Arbeitsstunde eines Tischlergesellen 28 1/2 Pfg.
Anteil an den allgemeinen Geschäftsausgaben aufzubringen hat.
Der Tischlerstag erklärt es deshalb für notwendig, daß die der
Rundschau gelieferte Arbeitsstunde eines Tischlergesellen zu einem
Preis berechnet wird, der sich ergibt aus der Addition des in
jedem Orte gezahlten Durchschnittslohnes, vorstehend 28 1/2 Pfg.
und eines Gewinnes von 10 Prozent. Der Tischlerstag erklärt
ferner, daß folgende Sätze für die einzelnen Orte mit Gültigkeit
dauer von einem Jahre als angemessen zu bezeichnen sind: Al-
tenhundem 71, Annen 83, Boele 83, Borbeck 83,
Bielefeld 78, Bortrop 89, Dortmund 92, Duisburg 87,
Düren 80, Elberfeld 89, Essen 93, Gelsenkirchen 89,
Gummersbach 78, Hamm 82, Heepen 72, Horster-
markt 78, Königswinter 75, Lippstadt 74, Ober-
hausen 88, Olpe 75, Paderborn 75, Reddinghausen
85, Soest 75, Solingen 91, Schilbesche 75, Sterkrade
82, Wanne 85, Wattenscheid 84, Werden 85 und
Witten 85 Pfg. Von diesem Beschlusse ist allen beteiligten
staatlichen und kommunalen Behörden mit der Bitte um gütige
Beachtung Kenntnis zu geben.“

Den Schluß der Verhandlungen des Tischlertages bildet
ein Referat des Herrn Ferber-Gelsenkirchen über
„Fortbildungsschulwesen und Lehrlingsausbildung“. Die Ver-
sammlung erklärte sich für die obligatorische gewerbliche
Fortbildungsschule.

Literarisches.

Deutsche Reichsgesetze in Einzelabdrucken: Nr. 201. Ge-
setz gegen den unlauteren Wettbewerb. Vom 7. Juni
1909. Preis 20 Pfg. Nr. 363/64. Gesetz über die
Sicherung der Bauverordnungen. Vom 1. Juni 1909.
Preis 40 Pfg. — Beide Gesetze in der Textausgabe mit Ein-
leitung, erläuternden Anmerkungen und ausführlichem alphabetischem
Sachregister. Herausgegeben von Geh. Justizrat, Univ.-Professor
Dr. Karl Gareis-München. Verlag von Emil Roth in Gießen.
Trotz vorzüglicher Ausstattung sind dies die billigsten Aus-
gaben der neuen wichtigen Gesetze, von dem berühmten Münchener
Rechtslehrer, welcher als eine Autorität in der Juristenwelt be-
kannt ist, vorzüglich kommentiert. Besonders übersichtlich durch
die treffenden, den Inhalt präzis charakterisierenden Schlagwörter,
mit denen jeder Paragraph überschrieben ist. Die klaren, ver-
ständlichen Anmerkungen bestätigen aufs neue, daß die Gareis'schen
Gesetzesausgaben zu den besten zählen.

Briefkasten.

Nach Ehrenfeld. Der Ausschluß aus der Verbands-Krankengeld-
Zusatzklasse erfolgt nach § 20 des Statuts u. a. dann, wenn ein
Mitglied mit seinen Beiträgen länger wie vier Wochen im Rück-
stande ist und nicht um Stundung nachgesucht hat. Gemäß § 7 kann
der Vorstand bis zu dreizehn Wochen Stundung gewähren.
Wenn ein ausgeschlossenes Mitglied glaubt, berechtigten Grund
zum Protest gegen den Ausschluß zu haben, so mag es sich be-
schwerdeführend an den Zentralvorstand der Klasse z. S. des Vor-
sitzenden Kollegen Peter Rieden, Köln-Rippes, Holbein-
straße 31 wenden. Die Redaktion des „Holzarbeiter“ ist nicht
die zuständige Stelle.

Adressenveränderungen.

Freising, V. Aloys Stitz, Föllingerstraße 22.
Kaiserslautern, V. Heinrich Beder, Zulpoldstraße 58.
Mainz, R. Edmund Hohenadel, Schönbornstr. 10, 12 1/2 -
und 6 1/2 - 8. L. Gafertasten, Heibelbergergasse.
Nürnberg, H. Meier, Innere Cramer-Meißstraße 10, 5th.
Trier, R. Peter Bremer, Große Gulentpäßstraße 3.

**Wenn Sie Ihr sauer
verdientes Geld**
beim Besuche einer Fachschule nicht nutzlos fort-
werfen wollen, so wenden Sie sich nicht an
unzuverlässige Institute, die Ihnen durch langweilige
Kurse möglichst viel Geld abnehmen wollen und
ihren privaten Charakter hinter gesch-
lagene Masken zu verbergen suchen, sondern
suchen Sie genau welche Schule Ihnen das
Rechte in bezugnehmender Reihen bietet. An
einer Schule, die Ihr Unterrichtsprogramm zu
jeder Zeit bekannt gibt, wissen Sie genau, was
es Ihnen kostet und was Sie erreichen können.
Suchen Sie bitte genau auf unsere oben-
stehende Anzeige.
**F. Kollmer's
Fachschule für Tischler zu Schmied.**

**F. Kollmer's
Fachschule für Tischler u. i. gewerb. Zeichen**
zu Schmied, Geyersstraße, Ecke Seidenstraße.
Prakt. und schrittweiser Fortschritt
mit Tages- und Abend-Unterricht.
In drei Monaten: Ausbildung zum Berufstischler
mit Vorbereitung für die Meisterprüfung.
In sechs Monaten: Ausbildung zum Zeichner
mit Fachlehrer.
Schulgeld 25 Mark pro Monat.
Kostenfreie Abfertigung.
Einstritt kann jederzeit erfolgen. Nach Auskunft
durch die Direktion: **F. Kollmer.**
Wohne genau angegeben.
**Eingelegte Soumiere
für Küchle, Schalen, Füllungen.**
Herstellung gegen 20 Pfg. in Dreifacharbeit.
Zuständig: Kollmer, Schmied, Geyersstraße,
Schmied, Köln, Geyersstraße,
Schmied, Köln.

Wenn Sie beabsichtigen, eine Fach-
schule zu besuchen und für
Ihr sauer erworbenes Geld
wirklich eine bessere Erziehung
erlangen wollen, so wenden Sie sich nicht an
unzuverlässige Institute, sondern an die all-
gemein als beste bekannte
Süddeutsche Dreierfachschule zu Nürnberg
die unübertroffene Erfolge aufzuweisen hat.
Ziele Dankschreiben von vielen in Stellung
befähigten früheren Schülern bestätigen den
Erfolg. Programm frei.
**Tischler-Fachschule
Münchberg a. Herz**
gehobene Ausbildung als Werkmeister, Be-
triebsleiter und Zeichner. Programm frei.
Direktor Reinhold.
Zum Selbstunterricht empfehle: Die „Stil-
lehre für Tischler“, 190 Seiten stark, gebunden
M. 5. In Bestellung von Direktor Reinhold,
Münchberg am Herz.

**Grösste deutsche
Tischler-Fachschule Deilmold**
Bewährte Ausbildung als
Meister — Werkmeister
Techniker — Zeichner
gesetzl. Meisterprüfung
Auskenntn. Programm frei
durch Direktor Brecht.
Mitteldeutsche Tischler-Fachschule
Erfahren in Anhalt.
Erste höh. Lehranstalt der Branche in Replikation
Funden (Meisterprüfung) und Selbststudien.
Programm frei durch die Direktion.